

Kampf um eine Säuglingsfürsorge im Bezirk Hinterrhein

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft**

Band (Jahr): **68 (1971)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-838870>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

leben, von der Steuerpflicht befreit, und die Nahrungsmittelhilfe des Agrarministeriums erreichte im September rund 12 Millionen Menschen, 5 Millionen mehr als noch vor einem Jahr. Auch wurden die Auszahlungen der Armenfürsorge erhöht – aber wiederum haben diese Erhöhungen nicht mit der Inflation Schritt gehalten.

Zwischen 1959 und 1968 ging die Zahl der Armen um 14 Millionen (36 Prozent) zurück. Allerdings warnen Fachleute vor Optimismus: Dieser Rückgang war hauptsächlich dem Rückgang der Arbeitslosenquote, erst in zweiter Linie dem steigenden Einkommen zuzuschreiben, und wenn es nicht gelingt, die gegenwärtige Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent weiter zu reduzieren, so könnte sich die Zahl der Armen bei der geringsten Rezession wieder erhöhen.

Ein Bericht der Kommission für Probleme der städtischen Gebiete, der auf Verlangen von Präsident Nixon ausgearbeitet und kürzlich veröffentlicht wurde, räumt mit manchen falschen, aber weitverbreiteten Vorstellungen über die Armut auf. So ist die Armut keineswegs darauf zurückzuführen, daß die betroffenen Leute faul, ohne Ehrgeiz oder ohne Unternehmungslust wären. Rund die Hälfte aller armen Haushalte der großen Städte wird unter den gegenwärtigen Bedingungen nie von der Sozialfürsorge loskommen, entweder weil die Leute zu alt oder zu gebrechlich zum Arbeiten sind, oder weil die Familie aus einigen Kindern und der Mutter besteht; 40 Prozent aller Haushalte haben keinen Vater. Nur ein Achtel aller armen Haushalte verfügt über einen männlichen Haushaltsvorstand unter 65 und ohne körperliches Gebrechen, der entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt ist. Einige von diesen Männern können nicht arbeiten, weil sie nie etwas haben lernen können, was auf dem Arbeitsmarkt gefragt ist; andere haben tatsächlich nicht den Willen zum Arbeiten; diese letzte Gruppe stammt fast ausnahmslos aus sehr armen Familien. Auf diese Weise verewigt sich die Armut selbst, wenn nicht von außen her etwas unternommen wird.

Eine recht große Gruppe – ein Viertel aller armen Familien – hat einen männlichen Haushaltsvorstand mit einem körperlichen Schaden; diese Männer arbeiten zwar, aber sie sind unterbezahlt und können trotz aller Anstrengungen nie soviel verdienen, wie sie für ihre Familie aufwenden müssen.

Der Bericht der Kommission stellt fest, daß rund 10 Milliarden Dollar nötig wären, um das Einkommen all dieser Armen über die Grenze des offiziellen Existenzminimums zu heben. Wenn man diese 10 Milliarden vergleiche mit dem – geschätzten – jährlichen Verlust wegen Steuerbetrügen von 50 Milliarden, oder mit dem Verteidigungsbudget von 75 Milliarden, so sehe man, daß die Lücke ohne Steuererhöhungen geschlossen werden könne.

Kampf um eine Säuglingsfürsorge im Bezirk Hinterrhein

Der Bezirk Hinterrhein erstreckt sich von Rothenbrunnen oberhalb des Zusammenflusses von Vorder- und Hinterrhein bis hinauf nach Juf, der höchsten ganzjährig bewohnten Siedlung Europas, und bis nach Hinterrhein am Fuße des San Bernardino. Er umfaßt 40 kleinere und größere Gemeinden, bewohnt von Deutsch- und Romanischsprechenden, von Katholiken und Protestanten. Nur wenig Industrie ist in den Tälern daheim, und von dem Verdienst, den der Fremdenverkehr bringt, ist nur in wenigen Dörfern etwas zu spüren.

Fast 20 Jahre sind es her, daß in der Bezirksversammlung der Pro-Juventute-Mitarbeiter der Wunsch nach Schaffung einer Säuglingsfürsorge geäußert wurde. Alle 40 Gemeinden sollten davon erfaßt und den Müttern in abgelegenen Bergtälern geholfen werden. Vom Wunsch bis zu dessen Realisierung galt es, vielen Widerständen zu begegnen, und ohne die große Leistung und den nie erlahmenden Mut einiger Unentwegter gäbe es auch heute noch keine Säuglingsfürsorge Hinterrhein.

Abgesehen von den finanziellen Schwierigkeiten hörte man immer wieder Einwände wie: Eltern und Großeltern seien auch ohne solche Einrichtungen groß geworden. Sogar Hebammen opponierten, wohl weil sie befürchteten, durch die neue Einrichtung den Kontakt mit den jungen Müttern zu verlieren. Es galt also, Vorurteile aus dem Weg zu schaffen und die Beteiligten von der Wichtigkeit des Früherkennens von Schädigungen und Gebrechen – wie dies durch die Säuglingsfürsorge möglich ist – zu überzeugen. Langsam begann sich da und dort die Einstellung zur Idee der Säuglingsfürsorge zu wandeln.

In einem günstigen Moment ließ sich eine junge, tüchtige Säuglingsschwester im Bezirk nieder. Diese zeigte Lust und Freude, neben ihrer Arbeit noch Beratungsnachmittage durchzuführen. So konnte man darangehen, als Vorstufe der allgemeinen Säuglingsfürsorge wenigstens in den vier großen Ortschaften Mütterberatungsstellen einzurichten. Gesuche um Beiträge wurden an die Gemeinden gerichtet, die Frauenvereine und Pro Juventute gaben Beiträge, so daß im März 1959 Sr. Anni Ryffel in Andeer ihre erste Mütterberatung durchführen konnte. Wenig später folgte Thusis, im September Sils, im Januar 1960 Cazis. Seither werden in diesen vier Gemeinden alle 14 Tage Mütterberatungsnachmittage durchgeführt.

Nicht sofort fanden die Mütter den Weg zur Beratungsstelle. Nicht daß sie etwa keinen Rat benötigten. Aber, wurde man nicht vielleicht als unfähig, als Versager angesehen, wenn man die Mütterberatung in Anspruch nahm? Auch diese Vorurteile mußten überwunden werden. Da halfen sogar Väter mit, wie jener, der fast gegen den Willen seiner Frau das Kind kurzerhand auf den Arm nahm und es der Säuglingsfürsorgeschwester brachte. Mit der Zeit kamen die Mütter, viele Mütter. Aus entlegenen Gemeinden, mit dem Postauto, mit Privatautos oder sogar kilometerweit zu Fuß, den Kinderwagen vor sich herstoßend. Der Bann war gebrochen.

Jetzt war es Zeit, die kleinen Anfänge zu einer «nachgehenden Säuglingsfürsorge» auszubauen, um damit auch die Mütter abgelegener Siedlungen in den Genuß dieser segensreichen Einrichtung zu bringen. Doch: wieder schienen sich die finanziellen Schwierigkeiten zu einem unüberwindlichen Berg zu türmen. Man stellte einen Finanzierungsplan auf, bei dem jede Gemeinde einen Beitrag von Fr. 2.– pro Kopf der Bevölkerung zu leisten hatte. Darüber hinaus benötigte man ein Gründungskapital von Fr. 30 000.–. Es wurden Gesuche und Bettelbriefe geschrieben. Enttäuschungen blieben den Initianten nicht erspart, aber sie gaben nicht auf.

Im Herbst 1969 gelangte man in einem neuen Anlauf an die Ärzte der Region. Man lud sie zu einer Versammlung ein, an der Fräulein E. Schlaepfi vom Zentralsekretariat Pro Juventute mit überzeugenden Worten die Notwendigkeit einer Säuglingsfürsorge darlegte und dem Bezirk Hinterrhein eine Säuglingsfürsorgeschwester für den Herbst 1970 in Aussicht stellte. Nun kam die Sache richtig ins Rollen und lief wie von selbst, als von Pro Juventute die Botschaft eintraf, daß der Schweizerische Drogistenverband Fr. 20 000.– als Gründungskapital spende.

Das gab Mut für die letzte Hürde: die Gewinnung einer einflußreichen Persönlichkeit, die die Verhandlungen mit allen Gemeinden des Bezirkes führen konnte. Sie war bald gefunden in Herrn Leo Nicolai, der das Amt des Präsidenten des am 26. Februar 1970 gegründeten Säuglingsfürsorgevereins Hinterrhein übernahm. Der Eingang weiterer Spenden von Pro Juventute und vom Frauenverein befreite von der Sorge um das Gründungskapital. Doch sind auch heute noch nicht alle Klippen umfahren, aber eine Säuglingsfürsorgeschwester konnte gewonnen werden, die im Januar 1971 ihre Tätigkeit aufgenommen hat.

Manche reiche Gemeinde im Unterland kann sich wohl kaum vorstellen, daß 150 oder 200 Franken pro Jahr für eine kleine Berggemeinde einen Betrag darstellen, über den ernsthaft diskutiert werden muß. Wir hoffen aber, daß bald auch die letzte der 40 Gemeinden mit einem begeisterten Ja bei der Säuglingsfürsorge mitmachen kann und daß sich damit unser «zwanzigjähriger Kampf» gelohnt hat.

Pro Infirmis im Kampf für die Schwerstbehinderten

Soweit man sich in der Vergangenheit um die Schwerstbehinderten, die Idioten, die Imbezillen und Mehrfachgebrechlichen kümmerte, beschränkte man sich darauf, sie zu pflegen und zu ernähren. Im übrigen ließ man sie dahinvegetieren. Es kann sein, daß es auch heute noch Fälle gibt, welche das gleiche Zustandsbild aufweisen, doch erst, nachdem alles versucht worden ist, dieses zu ändern. Die heilpädagogischen sich stets vertiefenden Erkenntnisse, die praktischen Erfahrungen und die medizinischen Fortschritte haben offenbar gemacht, daß selbst der hoffnungsloseste Mensch manchmal zu minimalen geistigen Regungen und menschlichen Betätigungen erweckt werden und dem bloßen Vegetieren entrissen werden kann. Am positiven Fortschreiten in dieser Richtung ist Pro Infirmis nicht unbeteiligt. Sie setzt sich in besonderer Weise für die Schwerstbehinderten ein. Es gibt für sie zunächst keine bildungsunfähigen Kinder. Mit jedem Kind muß der Versuch gemacht werden, ob nicht möglicherweise doch kleinste Leistungen zu erzielen sind. Wenn früh genug damit begonnen wird, ist der Erfolg nicht ausgeschlossen. Es liegt Pro Infirmis deshalb sehr am Herzen, daß die heilpädagogischen Frühberatungsdienste vermehrt, ausgebaut und bekannt gemacht werden. Fräulein Erika Liniger, Zentralsekretärin Pro Infirmis, sagte anläßlich der die Kartenaktion einleitenden Pressekonferenz im Wagerenhof in Uster: «Wenn das Kind nämlich schon in den ersten Monaten und Jahren gefördert werden kann, sind erstaunliche Entwicklungen möglich.» Selbstverständlich gilt dies nicht für alle Fälle in gleicher Weise. Jeder Versuch hat sich den Möglichkeiten des Kindes anzupassen und ganz behutsam in kleinsten Schritten voranzuschreiten. Auch wenn nur gewisse Bewegungen oder eine minimale Geschicklichkeit im Umgang mit sich selber oder der Umgebung erreicht werden, so ist das Kind doch zu menschlichem Dasein erweckt worden, wozu es ein Anrecht hat. «Vielleicht aber kann der Behinderte mit sehr viel Geduld so weit gebracht werden», führte Fräulein Liniger weiter aus, «daß er in einer Dauerwerkstätte sogar einen Teil seines Lebensunterhaltes verdienen kann, was volkswirtschaftlich durchaus ins Gewicht fällt. Und es tut dem Behinderten auch seelisch wohl, denn der Mensch, auch der schwächste, freut sich über sichtbaren